

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlöse monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1760.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die 6 Spaltenzeitung mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungszeit 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 51.

Dresden, Dienstag den 4. März 1913.

24. Jahrg.

Die Osterferien des Reichstages sollen vom 8. März bis 1. April dauern.

Die tägliche Rundschau will erfahren haben, daß sich die Führer der bürgerlichen Parteien mit dem Vordruckvoranschlag der Regierung einverstanden erklärt haben.

Die Bemühungen der Kriminalpolizei, die Hennigsdorfer Automobilverbrecher ausfindig zu machen, sind trotz der eingehenden Belohnung von 4500 M. bisher erfolglos geblieben.

Die bulgarische Regierung erklärt sich für eine Friedensvermittlung der Mächte unter Fortsetzung der Feindseligkeiten.

In Paris erfordern unsere Genossen einen bedeutungsvollen Gemeinderatswahltag.

Die Italiener wurden im Kampfe gegen aufständische Tripolitaneer unter Verlusten zurückgeschlagen.

Das einmalige Opfer.

Die Reise des Reichschatzsekretärs Röhren durch die süddeutschen Hauptstädte ist nicht so erfolglos geblieben wie zunächst angenommen wurde. Er hat sich dort, wie sich nun zeigt, die Zustimmung zu dem Plane geholt, die einmaligen Steuern, die durch die Heeresvorlage erwachsen, durch Umlage auf die Vermögensgegenstände aufzubringen. Und sehr bezeichnend für den ganzen Plan ist die Tatsache, daß gerade das Organ des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling, die Bayerische Staatszeitung, einen überwiegend positiven Hymnus auf das große Opfer anstimmte, das den Besitzenden auferlegt werden soll.

Die Bayerische Staatszeitung spricht zunächst von der „größtenteils gedrückten Stimmung des deutschen Volkes“ — gegen im Gegensatz zu dem Gerücht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß das deutsche Volk von Sehnsucht für die neue Heeresvorlage entbrannt sei. Aber, sagt das Hertling'sche Blatt weiter, die neue Opferauflage bringe nun „einen wesentlichen und großen Zug“. Es folgt weiter, „der Gehalt der Sozialdemokratie würde der Boden entzogen werden“. Die Bemerkungen zeigen, wie sehr die Regierenden in Sorge sind, daß die neuen Heeresvorlagen diese Verfassungen im Volk erzeugen werden und wie sehr sie sich genötigt sehen, irgend etwas zu tun, um nur nicht der Sozialdemokratie neuen Grund zu leisten. Wir dürfen dem bayerischen Offiziosus sehr dankbar sein für das offene Jugeständnis, daß es wieder nur die Angst vor der Sozialdemokratie ist, die die Ministerpräsidenten dazu nötigt, auch von den bestehenden Steuern ein Opfer zu fordern. In der Tat, ohne die Angst vor der Sozialdemokratie würde keine bayerische und keine preussische Regierung daran denken, eine Vermögensabgabe für die militärischen Rüstungen vorzuschlagen. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob dieser Entschluß der Regierungen wirklich den „nationalen und großen Zug“ in das deutsche Volk bringen wird. Dies glauben wir um so weniger, da sich lediglich zu zeigen scheint, daß die Darbringung des einmaligen Opfers vornehmlich den Zweck verfolgen soll, die bestehenden Klassen vor der fortdauernden Erfüllung der ihnen zukommenden Pflichten zu bewahren. Aus der Bayerischen Staatszeitung wie aus den Äußerungen vieler konservativer und liberaler Blätter geht unzweifelhaft hervor, daß einmal ein Opfer dargebracht werden soll, damit man sich dann um so besser von den laufenden Steuern der Reichspolitik drücken kann. Die Bayerische Staatszeitung schreibt u. a.:

„Trotz der Anwendung dieses Prinzips nur eine einmalige und ausnahmsweise, durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein kann und darf, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel. Einmal auf dem Boden der Übereinstimmung über die große Frage, würden die Parteien, und hierin liegt die weitere Bedeutung der geplanten Vermögensabgabe, leichter gemeinsame Wege für die Beschaffung der laufenden Ausgaben finden.“

Diese Bemerkungen sagen deutlich, daß die Heranziehung der Vermögensgegenstände nur eine Ausnahme bleiben soll, und sie verraten die Hoffnung, daß auf Grund des einmaligen Opfers der Friede zwischen den bisher habenden bürgerlichen Parteien zustande gebracht werden soll.

Die Sozialdemokratie kann mit Vergnügen feststellen, daß sie durch ihre beharrliche Arbeit die Regierenden nötigt, endlich auch bis zu einem gewissen Grade die Vermögensgegenstände heranzuziehen. Aber es versteht sich, daß wir gleichwohl die schlechte Methode und die völlige Ungültigkeit des neuen Steuerplanes aus schärfster Kritik ableiten. Wir werden uns aus schärfster dagegen wenden, daß die Besitzenden sich durch ein einmaliges geringes Opfer von den fortdauernden Lasten zu befreien versuchen, die sie wie bisher den Unbemittelten aufbürden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß „das Opfer“ für die Besitzenden nicht allzu klein ausfällt. Wir werden aber auch den Täuschungsversuchen, als sollten die Besitzenden endlich ihre Pflicht erfüllen, entschieden entgegenzutreten.

Es ist bemerkenswert, daß auch die Zentrumspresse nach dem ersten Hörgern, der Verkündung des Vordrucks, für das „patriotische Opfer“ einschwenkt.

Die Germania sagt:

„Diese Idee enthält gewiß etwas Ungewöhnliches, sie läuft auf eine Art „Reichsteuer“ in Friedenszeiten hinaus, und es ist

das erstemal, daß die Reichsregierung zu einem so außerordentlichen Deckungsmittel greift. Aber dieser außerordentliche Schritt findet in einer außergewöhnlich schwierigen Lage — sowohl nach der politischen wie nach der finanziellen Seite hin — seine Erklärung und zugleich seine Rechtfertigung.“

Rechtlich die Röllische Volkszeitung:
Der Gedanke, die Vermögensgegenstände zu den außerordentlichen Opfern dieses Jahres heranzuziehen, erscheint uns als ein gangbarer Ausweg in einer ungewöhnlich schwierigen Situation. Da die Abgabe nur einmal erhoben werden soll, verdrängt sie sich auch eher mit den Steuerlasten der Einzelstaaten als eine bleibende Steuer.“

Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts hat sich auch Dr. Spahn bereits wohlwollend ausgesprochen:

„Wie sich meine Partei zu dem einmaligen Vermögensabgabe zur Deckung der Militärvorlage stellen wird, kann ich heute natürlich noch nicht sagen, da weder die Vorlage vorliegt, noch wir in unserer Partei eine Meinung über die Frage gehabt haben. Augenblicklich liegt meines Erachtens kein Grund zu der Annahme vor, daß die Vorlage durch den Reichstag abgelehnt werden könnte. Ich glaube auch, daß die Vorlage in den breiten Schichten des Volkes populär sein wird.“

Die Zentrumspartei ist stets aufs heftigste gegen die Reichsvermögenssteuer und den Ausbau der Reichsbeitragssteuer aufgetreten. Sie erkennt, daß die völlige Ablehnung sich nun nicht mehr halten läßt, daß es unmöglich ist, sich dem Vordruck der Reichsregierung zu widersetzen. Sie erkennt zugleich, daß nur durch das einmalige Opfer die Gefahr der Dauernden und erst durch ihre Dauer wirksamen und gerechten Belastung des Besitzes beschworen werden kann. Sie befehrt sich zu dem kleinen Uebel, um dem großen Uebel zu entgehen.

Konservative Bedenken.

Die Kreuzzeitung, die nach Bekanntgabe des Regierungsvordrucks von der einmaligen Abgabe vom Vermögen nahezu die Sprache verloren zu haben schien, macht in ihrem Abendblatt vom Montag längere Ausführungen zu der Frage. Man merkt aber ihrem Geistesheil an, daß sie noch immer ziemlich hilflos und verlegen ist und nicht recht weiß, was sie sagen soll. Obwohl alle guten Deutschen, so meint sie, bereit seien, in der Stunde der Gefahr jedes Opfer zu bringen, so werde man das Bedenken, ob es wirklich schon nötig sei, zu dem äußersten Hilfsmittel zu greifen, zunächst nicht ohne weiteres zurückstellen dürfen. Dann gibt sie der Befürchtung Ausdruck, daß das mobile Kapital sich leicht der Besteuerung entziehen werde. Katholiken haben diese Ausführungen nur den Zweck, die Notwendigkeit einer Bevorzugung des Immobilien Kapitals, das heißt, des Geldbesitzes der Herren Agrarier zu begründen. Die Herren Junker werden schon alles tun, damit sie von dem an sich geringen Opfer, das den Besitzenden zugemutet wird, möglichst wenig zu tragen haben. Vor allem aber hat die Kreuzzeitung Angst vor den Konsequenzen, die das Vorgehen der Regierung haben könnte. Sie fürchtet, daß den Regierungen der Appetit beim Essen kommen könnte:

„Wer, so schreibt das Blatt, die Schwierigkeiten einer Vermögenssteuerveränderung, ihre Auslegung und Durchführung, und die Schwierigkeiten des Veranlagungsgeschäftes kennt, muß sich doch fragen, ob es wirtschaftlich ist, diesen ganzen Apparat für eine einmalige Abgabe in Bewegung zu setzen. Daran läßt sich aber sofort die weitere Frage, wie dann die Bundesstaaten ihren verfassungsmäßigen Widerstand gegen eine dauernde Reichsvermögenssteuer noch aufrecht erhalten wollen, nachdem das Reich einmal in dieser Weise auf das Vermögen zurückgegriffen hat.“

Und will es überhaupt scheitern, das erhoffte Bedenken gegen den Plan nicht einmal so sehr in einer einmaligen Durchführung als vielmehr in den Konsequenzen für die Zukunft begründet sind. Darüber werden wir auch zu sprechen haben, möchten aber, um Missverständnissen vorzubeugen, hervorheben, daß die konservative Reichstagsfraktion noch nicht über die Angemessenheit zu beraten können, da bisher nur die kurze Andeutung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vorliegt. Was wir zu sagen haben, ist nur unsere eigene Ansicht von der Sache. Wir wiederholen, daß wir bei allen Parteifreunden bisher die Bereitwilligkeit gefunden haben, für nachgewiesene außerordentliche Bedürfnisse auch außerordentliche Steuermaßnahmen gutzuheißen. Auf unsere Bedenken aber hoffen wir, eine klare Antwort zu erhalten.

Nun, die Kreuzzeitung hat inzwischen eine Antwort bekommen. Die Bayerische Staatszeitung hat ja versichert, daß die Anwendung dieses Prinzips nur ein einmaliges und ausnahmsweise sein soll. Allerdings insofern hat die Kreuzzeitung recht, die Volksmassen werden nicht verstehen, warum nicht dauernd die Besitzenden durch eine Vermögenssteuer zu den Reichskassen herangezogen werden sollen, und werden um so entschiedener fordern, daß endlich einmal die Besitzenden zu den Reichskassen gehörig herangezogen werden.

Das Steuerfeindblatt der Besitzenden.

Die nationalliberale Röllische Zeitung meint, der Sozialdemokratie würde durch die Herabgabe der Milliarden durch die Besitzenden eine Waffe aus der Hand geschlagen werden. Das Blatt schreibt:

„Wenn der deutsche Besitz sich zur freiwilligen Herabgabe von einer Milliarde bereit erklärt und damit eine Opferwilligkeit bekundet, die in der Steuergeschichte aller Völker ihresgleichen wohl nicht hat, dann werden mit einem Schläge die bösen Worte von der Steuererschwerung der Besitzenden zu herkommen haben, und die zur Aufhebung

lung des Besitzes stets bereit gehaltenen Steuern, die Kosten unserer Heeresrüstung würden von den unbemittelten Kreisen des Volkes getragen, während den Reichen die Kosten und die Vermögen abgeben, während endgültig ihre Jagd nach dem Reich der Reichen auf ihr Steuerrecht, der wie man hier, der Regierung des Reiches zu danken ist, wird nach dieser Richtung schon außerordentlich legendreich wirken; auch er wird der Demokratie eine gern geschwungene Waffe aus der Hand schlagen. Die Bereitwilligkeit des Besitzes, dem Reich in schwieriger Stunde diese jedes heurliche Maß hinauszusetzen, würde der Sozialdemokratie höchst ungelogen kommen.“

Die Röllische Zeitung muß doch die Krassen des deutschen Volkes für riesig dumm halten. In Deutschland werden alljährlich mehrere Milliarden für Heer und Flotte sowie für die Bezahlung der Schulden ausgegeben, die zu Rüstungszwecken aufgenommen wurden. Diese Summe wird im wesentlichen durch indirekte Steuern aufgebracht, die auf den Schultern der breiten Massen lasten. Die einmalige Herabgabe von einer Milliarde würde einer jährlichen Zahlung von etwa 40 Millionen entsprechen, soviel betragen ja die Zinsen von einer Milliarde. 40 Millionen sind aber im Verhältnis zu den großen Beträgen, die die Besitzlosen in den Reichskassen zahlen müssen, eine lächerlich geringe Summe.

Das ist wahrlich ein sehr einfaches Rechenexempel. Und wenn die Röllische Zeitung sich einbildet, das deutsche Volk würde sich so leicht Sand in die Augen streuen lassen, so dürfte sie sich gewaltig schmeiden.

„Rein Ernst, kein eine Entschuldigung.“

Zurück, 3. März. Über die neue Milliardenforderung für das deutsche Heer bringen die englischen Blätter sehr ausführliche Meldungen aus Berlin, scheinen sich aber von der dadurch geschaffenen Lage noch kein klares Bild machen zu können, denn die Kommentare sind mager. Die konservativen Morning Post sagt, die deutsche Regierung nehme General Verharbis Theorie an, daß die deutsche Mobilisation durch Eroberung über die ganze Welt ausgedehnt werden müsse. Die oppositionelle Pall Mall Gazette erklärt, für eine so ungeheure Heeresvermehrung gäbe es keinen Grund, kaum eine Entschuldigung. Von der Reichsseite der große keine Gefahr, wenn in den Vögeln kein Angriff erfolge. Keine andere Nation habe durch vermehrte Rüstungen Deutschlands Sicherheit bedroht. Deutschland allein habe den Kampf hingeworfen und Europa zu einer Antwort gezwungen. „Und was wird England tun?“ fragt diese Zeitung. „Wird es allen seinen Ueberlieferungen den Rücken kehren und Deutschland die Suprematie abstreifen, wie es in der Vergangenheit Frankreich und Spanien die Suprematie streift machte? In allen hier veröffentlichten Meldungen aus Paris leitet der Refrain wieder, daß Frankreich der deutschen Regierung die einzige Antwort gebe, die möglich sei, indem es die letzten Quellen seiner Kraft organisiere, nicht, um zu erobern, sondern um zu leben. „Es wird,“ sagt die Pall Mall Gazette, „zuerst fertig sein, und man wird sehen müssen, was das für Folgen haben wird.“

Das dritte Tenerungsjahr!

a. a. Der chronische Charakter der Lebensmittelfteuerung tritt immer deutlicher hervor. Die Auffassung, daß es sich bei den enormen Preissteigerungen der letzten beiden Jahre nur um eine vorübergehende Nachwirkung der abnormen Witterungs- und Ernteerhältnisse des Jahres 1911 handele, ist angesichts der noch heute fortdauernden Festigkeit der Preise wohl kaum noch haltbar. Um den Einfluß der Teuerung auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten richtig zu erfassen, berechnet man die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Bevölkerungsdichte des deutschen Marinekolonats zugrunde legt. Hiernach stellen sich die Haushaltskosten einer vierköpfigen Familie im Januar 1913 für das Deutsche Reich auf 26,01 M. Das bedeutet gegen den vorjährigen Vergleichsmonat eine Steigerung um 1,92 M. Seit Januar 1911 haben sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwands in Deutschland durchschnittlich um 2,51 M. gehoben. In den wichtigsten preussischen Landesteilen betragen die Kosten des Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Arbeiterfamilie pro Woche in Mark:

	1911	1912	1913	Steigerung seit Januar 1911
Ostpreußen	21,88	22,77	25,21	3,33
Groß-Berlin	23,04	24,08	25,44	2,40
Brandenburg	22,80	24,08	25,07	2,27
Pommern	22,21	23,75	25,79	3,58
Polen	22,72	24,71	26,05	3,33
Schlesien	23,28	24,88	24,78	1,47
Sachsen	24,27	25,58	26,90	2,63
Westfalen	23,47	24,58	25,08	1,61
Westfalen	24,47	24,50	25,08	0,61
Rheinland	25,55	26,12	26,92	1,37
Sachsen	23,21	24,22	25,54	2,33

Für die hauptsächlichsten außerpreussischen Gebiete ergaben sich folgende Indizes in Mark:

	1911	1912	1913	Steigerung seit Januar 1911
Bayern	23,40	24,16	25,98	2,57
Hr. Sachsen	22,91	24,21	25,87	2,96
Württemberg	23,15	24,05	25,80	2,65
Baden	24,45	25,29	27,09	2,64
Hessen	23,41	24,00	25,78	2,37
Hr. Staaten	23,51	24,75	26,77	3,26
Wahl	24,59	25,21	27,23	2,64
Wahl-Bezirke	24,21	25,27	27,44	3,23